

Initiative L+K e.V. | c/o naTo e.V. | Karl-Liebknecht-Str. 48 | 04275 Leipzig

Leipzig am 20.10.2016

## Pressemitteilung der Initiative Leipzig + Kultur

### Entgegnung der Initiative zu dem L-IZ-Artikel vom 11.10.16 „Ausgelagerte Kulturberatung im Leipziger Rathaus - CDU-Fraktion wehrt sich ...“

Ein pathologisches Phänomen ereilte jüngst Leipziger CDU-Politiker: im L-IZ-Artikel vom 11.10. wurde das physische Unbehagen in der Magengegend zweier CDU-Stadträte beunruhigendes Thema. Wiederholt wurde zum Ausdruck gebracht, dass Andrea Niermann und Michael Weickert, die für die CDU im Fachausschuss Kultur sitzen, "ein mulmiges Gefühl im Bauch bekommen", sobald Kulturakteure in die Diskussion über die Kulturentwicklung der Stadt einbezogen werden. Strategische kulturpolitische Entscheidungsprozesse seien "originäre Entscheidungsfelder der Stadtratsfraktionen und der Kulturverwaltung" - so die Meinung von Stadträtin Andrea Niermann. Das sehen wir, die Vertreter\_innen von Leipzig + Kultur, anders und möchten kurz begründen, warum.

Es gibt offensichtlich zwei ganz unterschiedliche Auffassungen von politischer Kommunikation: Die eine besagt, man kann und sollte grundsätzlich die Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, in Diskussionen einbeziehen und offene Strukturen schaffen, um nach geeigneten Lösungen für alle zu suchen. Diese offene Herangehensweise wird nicht nur in politischen und gesellschaftlichen Bereichen und in Unternehmen erfolgreich praktiziert, sondern überall, wo verschiedene Interessen aufeinandertreffen.

Die andere Auffassung ist das Top-down-Prinzip, ein hierarchisches Denken, nach dem die Stadträte auf Grund ihres politischen Mandats entscheiden. Ein Einbeziehen von Akteuren soll nach dieser Auffassung verhindert werden, zumindest wird sie als hoch problematisch betrachtet, weil den Akteuren unterstellt wird, sie seien von Eigeninteressen geleitet und deshalb schlechte Ratgeber.

Menschen, die in Prozesse involviert sind, prinzipiell abzusprechen, die Komplexität der sie umgebenden Themenfelder und Prozesse erfassen zu können, entbehrt nicht jeder Grundlage, es begünstigt Intransparenz, Geklügel (man denke an den Sachsensumpf) und führt letztlich zur Politikverdrossenheit der Bürger. Selbst führende Bundespolitiker werden von der Frage getrieben: Wie schaffen wir es, verantwortungsvolle Menschen einzubeziehen, wahrhaft zu beteiligen? In der Sachsen-CDU ticken die Uhren leider etwas vorgestrig.

Transparenz und Partizipation sind die zentralen Forderungen von Leipzig + Kultur an die Kulturpolitik. Wir wollen verantwortungsvoll an Entscheidungsprozessen mitwirken. Wer kann besser einschätzen, welche Maßnahmen zielführend sind und welche nicht, als die, die es betrifft? Dass es sinnvoll ist, wenn diese Fachleute politische Entscheidungsträger, die noch nie eine Oper, ein Konzerthaus, ein freies Kulturzentrum oder eine Theaterinitiative geleitet haben, in kulturellen Fragen beraten, liegt doch auf der Hand.

Vor einem Jahr lud Leipzig + Kultur renommierte Kulturwissenschaftler und erfahrene Kulturakteure aus ganz Europa zu einem Internationalen Kulturkongress nach Leipzig ein, mit dem Ergebnis vieler konkre-

ter Vorschläge, wie sich Leipzig in Zukunft kulturell weiterentwickeln kann. Aber auch konkrete strukturelle Veränderungsvorschläge liegen auf dem Tisch. Das Ziel, das wir verfolgen, ist kein eigennütziges, sondern das gleiche, das auch die Kulturpolitik umtreibt: einen geeigneten Rahmen für die kulturelle Vielfalt eines weltoffenen Leipzigs der Zukunft zu schaffen.


Damit wir die Zusammenarbeit verstetigen können, befürworten wir ausdrücklich ein Gremium wie einen Kulturrat, in dem von uns gewählte Vertreter\_innen ihre Erfahrungen einbringen, Entwicklungspläne mitentwickeln, Zielsetzungen formulieren, Förderentscheidungen mittragen und an Evaluierungen mitwirken. Das jedenfalls ist unser Verständnis von Transparenz und Partizipation.

Seit dem Kongress hat sich in der Zusammenarbeit zwischen freien Künstler\_innen und Politiker\_innen viel getan: alle sechs Wochen trafen sich die Sprecher\_innen von Leipzig + Kultur mit Vertreter\_innen aller Stadtratsfraktionen zu einem kontinuierlichen Dialog am Runden Tisch, konnten gegenseitig Vertrauen aufbauen und konkrete politische Weichenstellungen vorbereiten: mit der kürzlich verabschiedeten Rahmenrichtlinie der Stadt Leipzig wurden rechtliche Grundlagen geschaffen, um die Arbeitsbedingungen freier Künstler\_innen zu verbessern.


Dass Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke politische Kultur anders auffasst, als die Leipziger CDU, freut uns sehr. Die von ihr ins Leben gerufene Podiumsgesprächsreihe „Impuls Kulturpolitik“ eröffnete sie mit einem Zusammentreffen der Intendanten der vier Eigenbetriebe Oper, Schauspiel, TdJW und Gewandhaus mit Vertreter\_innen der Freien Kulturszene und stieß damit einen Dialog an, der möglicherweise zu völlig neuen Formen der Zusammenarbeit führen wird. Der Fachausschuss Kultur hat dafür bereits eine Grundlage geschaffen: an die Zusicherung der Finanzierung der Leipziger Eigenbetriebe bis 2020 wurde die Erwartung gekoppelt, mit der Freien Szene Leipzigs zusammen zu arbeiten.

Innovationen, Synergieeffekte, Wege in die Zukunft eröffnet man, indem man Menschen zusammenbringt, zum Mitdenken und Mitgestalten einlädt. Warum dies ein mulmiges Gefühl bei Andrea Niermann und Michael Weickert auslöst, könnte verschiedene Ursachen haben. Vielleicht spüren sie, dass die politische Konkurrenz damit richtig liegt...

Mit freundlichen Grüßen



Anja-Christin Winkler  
i.A. der Initiative Leipzig + Kultur



Falk Elstermann

Anhang: L-IZ-Artikel vom 11.10.2016

## Ausgelagerte Kulturberatung im Leipziger Rathaus

### **CDU-Fraktion wehrt sich deutlich gegen die Pläne, einen Kulturbeirat oder gar einen Kulturrat einzurichten**

Als Linke und Grüne im Juni die Einsetzung eines Kulturbeirates beantragten, war die frisch gewählte Kulturbürgermeisterin Skadi Jennicke (Die Linke) gerade im Amt und hatte noch nicht einmal Leitplanken für ihre Arbeit setzen können. Doch Linke und Grüne hatten das drängende Gefühl, dass Verwaltung und Stadtrat mehr Kulturberatung brauchten. Was selbst die CDU-Fraktion bis heute verblüfft.

Erst recht, nachdem die Kulturbürgermeisterin ihre Stellungnahme zu dem Antrag geschrieben hat, der sichtlich nicht mit ihr abgestimmt worden war. Denn sie legt einen Alternativvorschlag vor, der in einen „Leipziger Kulturrat“ münden soll. Was Andrea Niermann, kulturpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, noch unmöglicher findet. Schon aus rechtlichen Gründen.

Denn Kommunalparlamente sind laut §47 befugt, Beiräte einzurichten zu besonderen Themen, bei denen die gewählten Volksvertreter das Gefühl haben, unbedingt externen Sachverstand einholen zu müssen. Von der Natur her sind solche Beiräte eigentlich zeitlich befristet, können wieder aufgelöst werden, wenn man sich durch das schwierige Thema geackert hat. Die Gemeindeordnung sieht keine Befristung vor. Was dazu führt, dass solche Beiräte sich verstetigen und zur Dauereinrichtung werden. Und: Es werden immer mehr.

Sie werden zu Orten von ausgelagerter Sachkompetenz. Denn normalerweise dürfen Bürger ja davon ausgehen, dass die von ihnen gewählten Stadträte entweder die nötige Sachkompetenz mitbringen, um städtische Belange mitentscheiden zu können. Oder dass sie den Willen aufbringen, sich in solche Themen einzuarbeiten.

Natürlich erleichtert es ihre Entscheidungen, wenn ein augenscheinlich fachkundiger Beirat ihnen Ratschläge gibt.

Das Problem aber, so stellt auch Andrea Niermann fest, ist in der Regel, dass die Mitglieder solcher Beiräte selten unabhängig sind, sondern stets auch Eigeninteressen verfolgen. Erst recht, wenn die Akteure entweder direkte (oder indirekte) Angestellte der Stadt sind (was alle großen Leipziger Kultureinrichtungen betrifft) oder vom Geldsegen der Stadt abhängig sind, so wie viele Vereine.

Doch gerade solche Personen sollen – nach Willen von Linken und Grünen – den 20-köpfigen Beirat besetzen. In der Vorlage heißt es: „Es sollten alle Sparten vertreten sein. Dem Kulturbeirat sollen nach Möglichkeit nicht mehr als 20 Personen angehören. Die im Kulturbeirat vertretenen Akteure vertreten unterschiedliche Interessen – es sollte gewährleistet werden, dass diese zu einem Ausgleich finden und keine einseitigen Machtsymmetrien entstehen (Sparten-/Genrevertretung, Geschlechtergerechtigkeit). Die Grenzen der Zuständigkeit des Kulturbeirates sollten erkennbar identifiziert und benannt werden. Durch ein Rotationsverfahren soll hinreichend Dynamik in der Besetzung sowie hinreichend Kontinuität in der Arbeitsweise gewährleistet werden. In der Geschäftsordnung sollte eine Regelung zum Umgang mit möglicher Befangenheit der Mitglieder verankert werden.“

Man sieht: Selbst die Antragsteller hatten schon das mulmige Gefühl, dass sich die möglichen Kandidaten für den Beirat überhaupt nicht unabhängig und nur beratend betätigen, sondern das Gremium als politische Einflussmöglichkeit benutzen.

„Wir werden dann als Stadträte erst recht überstimmt“, sagt Andrea Niermann. Schon im Kulturausschuss des Stadtrates, wo Stadträte und Verwaltung zusammensitzen, sind die Diskussionen oft schwer genug. Die Machtposition der Verwaltung wächst natürlich, wenn sie auch noch auf die vermeintliche Fachkompetenz eines beratenden Gremiums wie eines Kulturbeirates verweisen kann.

Nicht einmal Skadi Jennicke träumt von einem weiteren dieser Vertretungsgremien für die üblichen Funktionsträger.

Vielleicht hat sie deshalb als Alternative die Installation eines „Leipziger Kulturrats“ vorgeschlagen. Dabei denkt sie gerade nicht an ein weiteres Gremium der Leipziger Kulturmanager, sondern an externe Beratung für sich selbst: „Der ‚Leipziger Kulturrat‘ soll die Verwaltung bei der kulturpolitischen Schwerpunktsetzung und der Entwicklung kulturpolitischer Strategien beraten. Er soll den multiperspektivischen Austausch und die Interaktion zwischen Politik, Verwaltung und Akteursvielfalt befördern, Verwaltungshandeln nachvollziehbar machen und Themen aktiv auf die Agenda setzen. Die Berufung der Mitglieder des Gremiums durch die Bürgermeisterin für Kultur ermöglicht die Sicherung von hinreichend Kontinuität und notwendiger Flexibilität in der Zusammensetzung des Gremiums.“

Was sie ja machen könne, stellt Andrea Niermann fest. Das sei ihr gutes Recht als Bürgermeisterin. „Sie kann sich jede Beratung holen, die sie will“, sagt die CDU-Stadträtin. „Erst recht, wenn sie betont, dass sie diese Leute sowieso aus dem Etat des Kulturdezernats bezahlen will. Wozu braucht sie da uns als Stadtrat?“

Im Gegenteil, es sei sogar höchst problematisch, so einen Kulturrat gar mit Zustimmung des Stadtrats einzurichten. „In der Sächsischen Gemeindeordnung ist so etwas nicht vorgesehen“, sagt Niermann.

Der Vorschlag der Kulturbürgermeisterin heilt also das Problem nicht, das Linke und Grüne mit ihrem Antrag aufgeworfen haben. Wie weit sie gehen wollen in der Kompetenzerteilung für den gewünschten Kulturbeirat, steckt zum Beispiel in solchen Sätzen: „Er berät die Mitglieder der Ratsversammlung sowie die Verwaltung in allen strategischen kulturpolitischen Entscheidungsprozessen, in die er frühzeitig einzubinden ist (bspw. Kulturentwicklungsplanung, Novellierung Fachförderrichtlinie, Förderinstrumente, langfristige kulturpolitische Vorhaben). Der Kulturbeirat ist in geeigneter Form beratend in das Fördermittelvergabeverfahren im Bereich Kultur einzubeziehen.“

Das sind originäre Entscheidungsfelder der Stadtratsfraktionen und der Kulturverwaltung. Da bekommen nicht nur Andrea Niermann und ihr Fraktionskollege Michael Weickert, der für die CDU Mitglied im Fachausschuss Kultur ist, ein ganz mulmiges Gefühl im Bauch. Denn damit geben die Stadträte eine Menge Entscheidungskompetenz an ein außenstehendes Gremium ab, das zwar nicht entscheiden darf. Aber wie stark „Expertenmeinungen“ heute schon Politik auf allen Ebenen verzerrt, kann man ja nicht nur in Leipzig beobachten.

+ Anhänge zum Artikel